

Presseerklärung Bunte Linke/Die Linke

15.12.2010

„Nur eines kann richtig sein: Entweder die Organe der Stadt Heidelberg können zu Stuttgart 21 Stellung nehmen oder sie können dies nicht“, kommentierte Dr. Arnulf Weiler-Lorentz die dpa-Meldung, dass sich die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte in Baden-Württemberg, darunter auch der Heidelberger OB, für Stuttgart 21 ausgesprochen haben. Die Beratung des Themas im Heidelberger Gemeinderat hatte OB Würzner mit dem Argument verweigert, das Thema falle nicht in die Verbandskompetenz der Stadt, da Heidelberg von Stuttgart 21 nicht betroffen sei. Die Initiatoren des Antrags im Gemeinderat, u.a. die Bunte Linke/Die Linke, hatten geltend gemacht, die enormen Kosten des Stuttgarter Projektes gefährdeten den Ausbau des Schienennetzes in der Region, insbesondere den der S-Bahn. Schon vor einigen Wochen haben sich allerdings Vertreter der Stadt Heidelberg im Verband Region Rhein-Neckar, unter ihnen Erster Bürgermeister Stadel, an einer Abstimmung über Stuttgart 21 beteiligt. Auch dies wäre nach der Lesart des OB nicht zulässig. „OB Würzner muss deshalb den Tagesordnungspunkt unverzüglich auch auf die Tagesordnung des Gemeinderates setzen oder seine eigene Stellungnahme zurückziehen und den Beschluss im Regionalverband als rechtswidrig anmahnen“, so BL-Sprecher Bernd Zieger.